

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

11. März 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 09.03.13 verübten die Taliban während des Besuchs von US-Verteidigungsminister Hagel zwei Selbstmordanschläge: In der Hauptstadt Kabul sprengte sich ein Attentäter vor dem Verteidigungsministerium in die Luft und tötete neun Menschen. Der zweite Anschlag in der ostafghanischen Stadt Khost richtete sich gegen einen Kontrollpunkt afghanischer und internationaler Sicherheitskräfte. Dabei wurden acht Kinder und ein Polizist getötet. Bei einem NATO-Luftangriff in der ostafghanischen Provinz Nangarhar wurden am 09.03.13 mehrere Zivilisten verletzt. Ein NATO-Konvoi war bei Shedal Bazar, Distrikt Acheen, in einen Hinterhalt der Taliban geraten. Bei dem darauffolgenden Gefecht und Luftangriff wurden vier Aufständische getötet. Zehn weitere Aufständische sowie drei Frauen, zwei Kinder und ein männlicher Zivilist erlitten Verletzungen. Der Distrikt Acheen im Süden der Provinz Nangarhar gilt als einer der gefährlichsten in der Provinz. Am 08.03.13 wurde ein ziviler NATO-Mitarbeiter von drei in afghanischen Uniformen gekleideten Angreifern getötet. Der Vorfall ereignete sich im Distrikt Tagab in der nördlich von Kabul liegenden Provinz Kapisa. In der nordöstlichen Provinz Badakhshan wurden in der vorhergehenden Woche 24 afghanische Soldaten von Taliban gefangen genommen. Am 06.03.13 wurden die Leichen von 17 Soldaten entdeckt. Die Übrigen sollen gegen gefangene Taliban-Kämpfer ausgetauscht worden sein.

Pakistan

Punjabweite Proteste von Christen

Am 10.03.13 protestierten Christen in vielen Städten des Punjab gegen das Abbrennen der christlichen Siedlung Joseph Colony im Stadtteil Badami Bagh in Lahore. In Lahore ging die Polizei gegen die Protestierenden gewaltsam vor. Dies wurde damit begründet, dass die protestierenden Christen öffentliches Eigentum zerstört hätten.

Anlass für die Proteste war nach Angaben der Polizei ein Streit zwischen einem Christen und einem Muslim nach dem Genuss alkoholischer Getränke am 07.03.13. Nach anderer Darstellung waren die Streitenden ursprünglich Freunde und im (illegalen) Schnapsverkauf tätig und aus Konkurrenzgründen in Streit geraten.

Von Seiten des Muslims wurde der Christ der Herabwürdigung des Propheten Mohammed beschuldigt und von einem Mob der Polizei übergeben, die ihn festnahm und ein Ermittlungsverfahren eröffnete. Die Muslime griffen später die Siedlung an, in der der Beschuldigte mit anderen Christen lebte. Es wurden nach offiziellen Angaben 125 Häuser geplündert, angezündet und weitgehend zerstört. Nach Angaben eines Christen waren es 175 Häuser. Zu Personenschäden kam es nicht, weil die Christen vor dem Angriff von der Polizei gewarnt wurden und geflüchtet sind. Die wenigen vor Ort eingesetzten Polizisten flüchteten nach dem Angriff von 7.000 wütenden Muslimen. Anlass für die nachfolgenden Proteste der Christen war unter anderem der Umstand, dass die Polizei ihre Siedlung trotz Kenntnis des bevorstehenden Angriffs nicht ausreichend schützte. Der Staatspräsident Asif Ali Zardari und der Premierminister Raja Pervez Ashraf, beide Mitglieder der auf Bundesebene regierenden Pakistan Peoples Party (PPP), ordneten eine unverzügliche Untersuchung der Vorgänge um den Angriff an. Zuständig für die Sicherheit und Ordnung in der Provinz und den Einsatz der Provinzpolizei ist allerdings die Provinzregierung unter Führung der mit der PPP konkurrierenden Pakistan Muslim League-Nawaz (PML-N). Beide Parteien befinden sich im Wahlkampf. Der Chefminister (Re-

gierungschef) der Provinz Punjab Shabbaz Sharif (PML-N) verurteilte die Brandschatzung der Christensiedlung als Beispiel der schlimmsten Barbarei und kündigte die Ergreifung und Bestrafung der Schuldigen an.

Provinz Khyber-Pakhtunkhwa: Explosion in einer Moschee in Peshawar mit fünf Toten

Am 09.03.13 explodierte ein Sprengsatz in der Bila-Moschee in Peshawar (Provinz Khyber-Pakhtunkhwa). Es wurden fünf Menschen getötet, darunter auch der Imam. 29 Menschen wurden teilweise schwer verletzt.

Irak

Sicherheitslage

In Irak kommt es weiterhin zu Anschlägen mit Toten und Verletzten. So wurden am 05.03.13 mindestens 21 Menschen getötet, weitere 42 wurden verletzt. Betroffen waren insbesondere Bagdad, Kirkuk, die Provinzen Diyala, Salahaddin und Ninive. Am 06.03.13 wurden u.a. in Bagdad und den Provinzen Anbar und Diyala mindestens 13 Menschen getötet. Am 07.03.13 wurden 24 Menschen getötet und weitere 25 verletzt. Am 08.03.13 wurden mindestens 31 Menschen getötet und mehr als 22 verletzt. Die Anschläge richteten sich überwiegend gegen Sicherheitskräfte und Politiker. Betroffen waren insbesondere die Provinzen Salahaddin, Ninive und Anbar. In Mosul hat die irakische Polizei Augenzeugen zufolge bei einer Protestkundgebung drei Demonstranten erschossen, weitere sieben seien verletzt worden. Während der Kundgebung sei es zu Tumulten gekommen, als die Polizei einen der Organisatoren hatte festnehmen wollen. Am 09.03.13 wurden u.a. in Bagdad und den Provinzen Diyala, Anbar und Ninive sieben Menschen getötet und weitere 18 verletzt. Am 10.03.13 wurden mindestens sechs Menschen getötet, darunter ein sunnitische Regierungsgegner. Al-Qaida in Irak hat sich zur Tötung von 48 syrischen Soldaten und neun irakischen Sicherheitskräften am 04.03.13 in der Provinz Anbar in Irak bekannt.

Menschenrechtslage

Laut dpa-Meldung vom 10.03.13 bleiben auch zehn Jahre nach dem Sturz von Saddam Hussein Folter und unfaire Gerichtsverfahren nach Einschätzung von Amnesty International Alltag in Irak. Folter sei weit verbreitet und werde insbesondere gegen Gefangene eingesetzt, die im Zusammenhang mit Terrorismus-Vorwürfen festgenommen wurden.

Syrien

Aufständische nehmen al-Raqqa ein

Nach Angaben der syrischen Rebellen konnte am 04.03.13 die Provinzhauptstadt al-Raqqa des gleichnamigen Gouvernements im Osten Syriens durch Aufständische eingenommen werden. Ein Vertreter des oppositionellen Syrischen Nationalrats bestätigte die Eroberung der Stadt.

Rebellen entführen 21 UN-Soldaten

Am 06.03.13 wurden in der Nähe der Golan-Höhen, Provinz Daraa, 21 philippinische Soldaten der UN-Mission UNDOF entführt und für drei Tage im Dorf al-Jamla gefangen gehalten. Verantwortlich für die Entführung ist die „Märtyrer von Yamuk“-Brigade, die einen Abzug der syrischen Regierungssoldaten aus der Provinz fordert. In einer Sondersitzung verurteilte der UN-Sicherheitsrat die Gefangennahme der Blauhelmsoldaten scharf. Nach Verhandlungen zwischen der UNO und der Rebellengruppe erzielten die Beteiligten eine Einigung über die Freilassung der Soldaten. Am 08.03.13 kamen die Blauhelmsoldaten nach Bestätigung der Sprecherin der UNDOF-Mission in Jordanien an.

Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge steigt rapide an

Nach Angaben des UNHCR hat die Zahl der syrischen Vertriebenen die Millionengrenze überschritten. Seit Beginn des Jahres sind bereits über 400.000 Menschen geflohen, weit mehr, als vom Flüchtlingshilfswerk erwartet. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres, warnte vor einem humanitären Desaster angesichts der nicht ausreichenden Hilfen für die steigende Anzahl der Flüchtlinge. Etwa die Hälfte der Vertriebenen sind laut dem UNHCR Kinder, davon soll die Mehrheit jünger als elf Jahre sein. Die Hauptaufnahmeländer sind Türkei, Libanon, Irak, Jordanien sowie Ägypten. Guterres beklagt, dass aufgrund man-

gelder finanzieller Unterstützung die Versorgung der syrischen Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern der Aufnahmeländer unzureichend sei.

Iran

Internet-Zensur verschärft

Mit sogenannten Virtuellen Privaten Netzwerken (VPN) konnten Internetnutzer bisher in Iran die staatliche Zensur umgehen. Das ist nun nicht mehr möglich, denn die Netzwerke dürfen künftig nur noch genutzt werden, wenn sie vorher bei den Behörden angemeldet wurden. Das berichtet die Nachrichtenagentur „Mehr“. Langfristig plant die iranische Regierung nach eigenen Angaben, ein nationales Computer-Netz aufzubauen, das vom Internet weitgehend isoliert wäre.

Zwei Journalisten wegen angeblicher Präsidenten-Kritik verhaftet

Kritische Berichtersteller sind in Iran besonders gefährdet. Das haben zwei Journalisten der reformorientierten Zeitung „Makreb“ erfahren müssen, die am 06.03.13 verhaftet wurden. Wie die Nachrichtenagentur Isna mitteilte, sollen sie in einem Artikel Präsident Mahmoud Ahmadinejad indirekt beleidigt haben. In Iran werden immer wieder kritische Zeitungen geschlossen und Berichtersteller verfolgt.

UN fordern Freilassung von sieben inhaftierten Bahá'í-Führungsmitgliedern

Der UN-Sonderberichterstatter für Iran, Dr. Ahmed Shaheed, fordert die sofortige Freilassung der sieben inhaftierten Bahá'í-Führungsmitglieder. Die sieben Bahá'í, Fariba Kamalabadi, Jamaloddin Khanjani, Afif Naeimi, Saeid Rezaie, Mahvash Sabet, Behrouz Tavakkoli und Vahid Tizfahm, seien seit 2008 unschuldig in Haft. Im Jahr 2010 wurden sie aufgrund fingierter Anklagen zu 20 Jahren Haft verurteilt, der längsten Haftstrafe für politische Gefangene in Iran. Shaheed ruft Iran dazu auf, seine rechtlichen Verpflichtungen zur Gewährleistung der Religionsfreiheit „vollständig einzuhalten“. Dies machte der ehemalige maledivische Außenminister in seinem Jahresbericht an den UN-Menschenrechtsrat Ende Februar deutlich. Auch UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon beobachtet in Iran eine „schwerwiegende Diskriminierung ethnischer und religiöser Minderheiten in Gesetz und Praxis“, insbesondere gegen die Bahá'í-Gemeinde. Laut Ban befänden sich in Iran mehr als 100 Bahá'í in Haft.

Internationale Bahá'í-Gemeinde veröffentlicht Sonderbericht über Gewaltwelle

Der 48-seitige Bericht, der am 06.03.13 in Genf veröffentlicht wurde, dokumentiert die zunehmende Gewaltwelle gegen die iranische Bahá'í-Gemeinde sowie das Ausmaß der Straffreiheit, das die Täter in Iran genießen. Zwischen 2005 und 2012 konnte die Internationale Bahá'í-Gemeinde 52 Fälle belegen, in denen Bahá'í in Untersuchungshaft gefoltert oder in Isolationshaft gehalten wurden. Weitere 52 Fälle, in denen Bahá'í – teils von Beamten und teilweise von Unbekannten – körperlich angegriffen wurden, sind ebenso belegt wie weitere 49 Fälle von Brandstiftungen gegen Häuser und Geschäften von Bahá'í. Der Bericht dokumentiert auch 30 Fälle von Vandalismus und mindestens 42 Fälle von Friedhofsschändungen. In keinem der Fälle wurden Strafverfahren gegen die Täter eingeleitet.

Libyen

Angriff mit Schusswaffen auf Präsidenten des Allgemeinen Nationalkongresses

Am 05.03.13 tagte der Allgemeine Nationalkongress (Parlament) Libyens in seinen Räumen in Tripolis. Der Kongress beriet einen Gesetzentwurf vom Dezember 2012, mit den Personen in den Diensten des Gaddafi-Regimes und solche, die mit ihnen in Verbindung stehen und von der Teilnahme am politischen Leben ausgeschlossen werden sollen. Aufgrund einer protestierenden Menschenmenge vor dem Gebäude, wichen die Abgeordneten in das Meteorologische Institut aus, wohin die Protestierenden jedoch folgten. Als die Beschlussfassung über den Gesetzesentwurf vertagt wurde, blockierten die Protestierenden die Ausgänge des Instituts. Ein Abgeordneter, der die Belagerung durchbrechen wollte, wurde geschlagen. Nach Stunden gaben die Protestierenden den Weg frei. Der Wagen des Parlamentspräsidenten Mohamed Magharief wurde in diesem Zusammenhang beschossen, was ohne Folgen für die Insassen blieb, da er über eine Panzerung verfügt, deren letzte Schicht die Geschosse aufhielt.

Der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs namens Tarek Mitrik und gleichzeitiger Leiter der UN-Unterstützungsmission in Libyen (UNSMIL) verurteilte den Angriff auf Parlamentspräsidenten Magharief und die Vorgänge um das Parlament. Er betonte, dass friedliche Meinungsäußerungen im Gegensatz zu gewaltsam durchgeführten zulässig seien. Tarik rief die Libyer dazu die Arbeit des demokratisch gewählten Parlaments und dessen Institutionen nicht zu beeinträchtigen, sondern vielmehr diese zu unterstützen und den Staat stärken.

Über 3.000 Menschen vor Kämpfen in Mizdah und Umgebung geflohen

Am 01.03.13 brachen Kämpfe zwischen den Stämmen Mashashia und Qantrar in Mizdah (ca. 160 km südlich von Tripolis in der Provinz Gadhamis) aus. Die Vermittlungsbemühungen der Regierung und des entsandten Militärs waren bisher nicht erfolgreich. Seit dem 05.03.13 sind über 3.000 Menschen vor den Auseinandersetzungen geflohen. Es handelt sich dabei um ein Gebiet in den Nafusa Bergen, welches unwirtliche klimatische Bedingungen aufweist. Die Menschen sind in anderen Ortschaften, genannt werden Garyat und Nismah (ca. 140 km bzw. 50 km südlich von Mizdah), untergekommen. Ein Teil musste noch nicht fertig gestellte Bauten als Unterkunft nehmen. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes leistet in Zusammenarbeit mit dem libyschen Roten Halbmond humanitäre Hilfe. Ferner wurde die Klinik in Mizdah mit medizinischem Material für die bis zu 50 Verwundeten beliefert, die die Erstversorgung vor einer Weiterverlegung übernimmt. Medizinische Hilfe wird auch in Ghrayan und Shqeiqa geleistet (ca. 85 und 30 km nördlich von Mizdah), wobei derzeit geprüft wird, ob dorthin auch medizinische Hilfsmittel geliefert werden müssen.

TV-Sender in Tripolis von Milizionären gestürmt und verwüstet; zwei Mitarbeiter entführt

Am 07.03.13 stürmten morgens Milizionäre die Räume des privaten Fernsehsenders Al-Assema in Tripolis, der seine Sendungen über Satellit verbreitet. Die Milizionäre sperrten die Belegschaft zunächst ein und verwüsteten die Einrichtung. Danach entführten sie etwa sechs Mitarbeiter des Senders an einen unbekanntem Ort. Am 08.03.13 wurden die zwei Führungskräfte namens Joumaa al-Usta und Nabil Shibani als letzte Entführte freigelassen. Ebenso wie der Angriff auf das Parlament stieß dieser Übergriff auf allgemeine Ablehnung in der Öffentlichkeit und wurde als Angriff auf die Demokratie, die Presse- und Meinungsfreiheit verurteilt. Informationsminister Yousef Sharif bezeichnete den Angriff auf Al-Assema als kriminelle Tat und forderte die Öffentlichkeit zu Protesten gegen die Gesetzlosen und dazu auf, die legitim gewählte Regierung zu unterstützen. Er kündigte auch Maßnahmen der Regierung gegen diese Übergriffe von Milizen an. Das Menschenrechtskomitee des Allgemeinen Nationalkongresses verurteilte ebenfalls die Tat als Angriff auf die Menschenrechte und die Meinungsfreiheit.

Tunesien

Einigung auf neue Regierung

Ende vergangener Woche einigten sich die islamische Ennahdha-Partei und ihre Koalitionspartner nach mehrwöchigen Verhandlungen auf eine neue Regierung. Der designierte Ministerpräsident Ali Larayedh erklärte, dass die wichtigen Ministerien für Inneres, Verteidigung, Justiz und Außenpolitik mit parteilosen Experten besetzt werden sollen, dass aber auch Vertreter der scheidenden Regierungskoalition im neuen Kabinett sitzen werden. Von den Spitzenposten bleibt nur das Amt des Ministerpräsidenten in den Händen der islamisch-konservativen Ennahdha-Partei. Hintergrund der Regierungsneubildung sind die seit Monaten anhaltenden Spannungen in Tunesien, die vor einem Monat nach der Ermordung des Oppositionspolitikers Chokri Belaid durch islamistische Extremisten eskalierten.

Ägypten

Erneut schwere Ausschreitungen in Port Said und Kairo

Die gerichtliche Bestätigung der Todesurteile gegen Anhänger des Fußballvereins von Port Said, die im Zusammenhang mit Ausschreitungen anlässlich eines Fußballspiels gegen einen Verein aus Kairo verurteilt worden waren, lösten erneut in Port Said Ausschreitungen aus (vgl. BN vom 04.03.13). Bei einem Polizeieinsatz mit Tränengas und Gummigeschossen starben zwei Personen.

Freisprüche für 28 weitere Angeklagte führten in Kairo zu schweren Krawallen. Fußballfans des Kairoer Vereins setzten u. a. Büros des ägyptischen Fußballverbands in Brand. Bei Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften wurden 65 Personen verletzt.

Wahlen verschoben

Die für April bis Juni 13 geplanten Parlamentswahlen (vgl. BN vom 04.03.13) müssen verschoben werden. Ein Verwaltungsgericht in Kairo hatte einen Formfehler bei Entstehung des Wahlgesetzes festgestellt und entschieden, dass es zunächst vom Obersten Verfassungsgericht geprüft werden müsse. Medienberichten zufolge sagte daraufhin die Wahlkommission den Termin für den Urnengang ab. Auch Präsident Mursi soll die Entscheidung des Gerichts respektieren.

Somalia

USA schieben nach Somalia ab

Berichten aus den USA zufolge haben die Behörden begonnen, Abschiebungen nach Somalia vorzunehmen, da sich die somalische Regierung stabilisiert habe. Im Januar 2013 hatten die USA die somalische Regierung offiziell anerkannt. Bisher sollen 24 Somalis – zumeist aus dem Bundesstaat Minnesota, der über die größte somalische Gemeinschaft verfügt – abgeschoben worden sein.

Nigeria

Von Ansaru entführte Geiseln vermutlich ermordet

Am 09.03.13 bekannte sich die islamistische Gruppe Ansaru („Vorhut zum Schutz der Muslime in Schwarzafrika“) auf einer im Internet veröffentlichten Erklärung zu der Ermordung von sieben von ihr am 16.02.13 im nordostnigerianischen Bundesstaat Bauchi entführten ausländischen Mitarbeitern (vier Libanesen sowie jeweils ein Italiener, Grieche und Brite) der libanesischen Baufirma Setraco. Ferner veröffentlichte Ansaru Video-Standbilder, auf denen ein bewaffneter Mann zu sehen ist, der über am Boden liegenden Körpern steht. Das Bekenntnis von Ansaru wird von den britischen, italienischen und griechischen Regierungen für glaubwürdig angesehen. Laut Ansaru seien die Morde eine Reaktion auf die Versuche Nigerias und Großbritanniens gewesen, die Geiseln zu befreien. Journalisten vor Ort hätten britische Kampfflugzeuge in der nigerianischen Region Bauchi gesehen. Laut Angaben des britischen Verteidigungsministeriums hätten sich britische Kampfflugzeuge zwar kürzlich in der nigerianischen Hauptstadt Abuja aufgehalten. Dies sei aber nur im Zusammenhang mit der von Frankreich geführten Mission in Mali erfolgt, nicht aber wegen einer geplanten Geiselbefreiung.

Erfolge im Kampf gegen Boko Haram

Laut Angaben eines Armeesprechers vom 09.03.13 seien in den zehn vorausgegangenen Tagen bei Operationen gegen die islamistische Terrororganisation Boko Haram im nordöstlichen Bundesstaat Borno 52 Islamisten, einschließlich zehn Kommandeure der Gruppe, getötet worden. 70 weitere Terroristen seien verhaftet worden. Von unabhängiger Seite konnten diese Angaben bisher nicht bestätigt werden.

Derzeit keine Amnestie für Boko Haram

Der oberste muslimische Würdenträger in Nigeria, der Sultan von Sokoto, hatte am 05.03.13 Staatspräsident Jonathan aufgefordert, allen Mitgliedern der radikal-islamischen Terrororganisation Boko Haram eine Amnestie, vergleichbar derjenigen, die 2009 den Militanten des Niger-Deltas zugestanden wurde, zu gewähren, um sie zur Niederlegung ihrer Waffen zu veranlassen. Dies lehnte Jonathan am 07.03.13 während eines Besuchs im nordöstlichen Bundesstaat Yobe jedoch ab, da die Mitglieder der Boko Haram wie „Geister“ seien und in der Öffentlichkeit nicht als Boko-Haram-Angehörige aufträten. Er sei aber offen für Verhandlungen, wenn die Mitglieder und die Führung der Boko Haram persönlich in Erscheinung träten und ihre Forderungen stellten.

Zehn Tote bei Angriff auf Polizeistation

Am Abend des 04.03.13 griffen vermutlich Angehörige der islamistischen Terrororganisation Boko Haram in der im nordöstlichen Bundesstaat Borno etwa 135 km südöstlich von Maiduguri an der Grenze zu Kamerun gelegenen Ortschaft Gwoza mit Sprengsätzen und Gewehren eine Polizeistation an. Hierbei starben zwei Polizisten sowie acht Zivilisten, die ins Kreuzfeuer zwischen der Polizei und den Angreifern geraten waren. Gleichzeitig mit dem Angriff auf die Polizeistation raubten die Angreifer in Gwoza eine Bank aus.

DR Kongo

Ethnischer Gewaltausbruch in Kitchanga/Nord-Kivu

Vom 24. bis 27.02.13 sowie erneut am 03. und 05.03.13 kam es in der Stadt Kitchanga (Territory Masisi, ostkongolesische Provinz Nord-Kivu) zu heftigen Gefechten zwischen der kongolesischen Miliz APCLS (Allianz der Patrioten für einen freien und souveränen Kongo) und Regierungstruppen. Letztere wurden von den in der Stadt stationierten MONUSCO-Soldaten unterstützt, die gegen die APCLS Kampfhubschrauber einsetzten. Laut UN-Angaben wurden bei den Kämpfen mindestens 80 Personen getötet, mehr als 100 verwundet und 50 Häuser abgebrannt. Etwa 100.000 Menschen flüchteten vor den Auseinandersetzungen. Die Stadt befindet sich nunmehr wieder unter der Kontrolle der Armee.

Die APCLS ist eine Miliz der Ethnie des Bahunde-Volkes, die sich für den Schutz der Landrechte ihrer Ethnie einsetzt und gegen eine Expansion ruandischstämmiger Bevölkerungsteile der Hutu und Tutsi in der Region eintritt. Sie war, wie mehrere andere Milizen auch, von der Regierungsarmee im Kampf gegen die vorwiegend aus Tutsi bestehende M23-Rebellengruppe aufgerüstet worden. Ende Februar 2013 befanden sich etwa 500 bis 700 APCLS-Milizionäre neben etwa 1.000 Regierungssoldaten, die meisten davon Hutu oder Tutsi, in Kitchanga, wo der Anführer der Miliz, Janvier Bwingo Karairi, über die mögliche Integration der Miliz in die Armee verhandelte. Die Kämpfe brachen angeblich aus wegen der Ermordung eines APCLS-Offiziers und des Versuchs der APCLS, ein von der Armee beschütztes Tutsi-Flüchtlingslager anzugreifen, in welchem die APCLS ein Waffenversteck vermutet hatte. Am 27.02.13 sollen dann APCLS-Milizionäre begonnen haben, ruandischstämmige Stadtbewohner anzugreifen und zu töten.

UN fordert Bestrafung der Soldaten wegen begangener Vergewaltigungen

Laut Untersuchungen der im Kongo stationierten UN-Friedenstruppe MONUSCO wurden im Zeitraum 20.11. bis 30.11.12 in der etwa 50 km westlich der Provinzhauptstadt Goma, ostkongolesische Provinz Nord-Kivu, gelegenen Stadt Minova 126 Frauen vergewaltigt und zwei Zivilisten getötet, nachdem die Regierungstruppen nach der Eroberung Gomas durch die M23-Rebellen nach Minova geflüchtet waren. Eine Vielzahl der Täter konnte identifiziert werden. Die MONUSCO drohte am 07.03.13 die Unterstützung zweier kongolesischer Bataillone einzustellen, wenn nicht noch im März mit der Verfolgung der der Vergewaltigungen beschuldigten Soldaten begonnen werden würde.

Kenia

Kenyatta gewinnt Präsidentenwahlen

Vize-Premierminister Uhuru Kenyatta gewann die Präsidentenwahlen vom 04.03.13 mit einer knappen absoluten Mehrheit von 50,07 Prozent der abgegebenen Stimmen, wie die Wahlkommission am 09.03.13 verkündete. Sein stärkster Konkurrent unter den übrigen sieben Kandidaten, Premierminister Raila Odinga, erzielte 43,3 Prozent. Er sprach von Unregelmäßigkeiten bei der Wahl und kündigte rechtliche Schritte an. Der amtierende Präsident Mwai Kibaki trat nicht mehr an. Die Wahlbeteiligung war mit 86 Prozent der 15 Millionen registrierten Wähler außerordentlich hoch. 99.000 Polizisten sowie 22.600 Wahlbeobachter, darunter auch internationale, waren im Einsatz.

Am Wahltag ereigneten sich in Mombasa mehrere Anschläge, die mindestens zwölf Todesopfer forderten, darunter sechs Polizisten. Die Polizei machte die separatistische Organisation MRC (Mombasa Republican Council) für die Vorfälle verantwortlich. Sie hatte sich im Vorfeld gegen die Wahlen ausgesprochen und Gewalt angedroht. Im Übrigen verliefen die Wahlen friedlich.

Hintergrund

Die Wahlen waren die ersten unter der neuen Verfassung von 2010, die eine Dezentralisierung politischer Strukturen einleitete. Auch ein neues Parlament und erstmals Senatoren seiner neuen zweiten Kammer sowie Gouverneure und Bezirksversammlungen in 47 Regionalbezirken wurden gewählt.

Diese ersten Wahlen seit Ende 2007 werden international aufmerksam verfolgt. Damals war es nach dem umstrittenen Sieg des amtierenden Präsidenten Mwai Kibaki vor seinem Herausforderer Raila Odinga zu teils organisierten Gewaltausbrüchen gekommen, in deren Verlauf bis zu etwa 1.300 Menschen getötet und bis zu etwa 650.000 Menschen vertrieben wurden. Erst nach internationaler Vermittlung verständigten sich die beiden politischen Lager. Kibaki blieb Präsident, Odinga wurde Premierminister.

Kenia gilt als Musterbeispiel für ein Land, in dem Tribalismus politische Interessen leitet. So bestimmen weniger Parteiprogramme als vielmehr die ethnische Zugehörigkeit das Wahlverhalten. In der Gewalt, die Kenia 2007/2008 an den Rand eines Bürgerkriegs brachte, wurde ethnische Zugehörigkeit gezielt instrumentalisiert.

Kenyatta ging mit einem seiner Rivalen von 2007, William Ruto, ein Wahlbündnis ein. Letzterer bewarb sich um das Amt des Vizepräsidenten. Beide sind neben zwei weiteren Kenianern vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt. Rutos Verfahren beginnt im Mai, Kenyattas im Juli. Ihnen wird vorgeworfen, die Gewalt nach den letzten Wahlen gefördert zu haben. Die Kandidatur der beiden war vor diesem Hintergrund umstritten.

Eritrea

Verhaftungswelle gegen religiöse Gruppen hält an

Mit großangelegten Verhaftungsaktionen setzen eritreische Behörden ihr hartes Vorgehen gegen Christen fort. Nach Angaben der Hilfsorganisation Open Doors soll es allein in der letzten Februarwoche im Raum Barentu im Westen Eritreas zu 85 Festnahmen gekommen sein. Seit Jahresbeginn habe sich damit die Zahl der Inhaftierten auf 125 erhöht. Schätzungsweise 1.500 Männer und Frauen sollen nach Informationen von Open Doors aus religiösen Gründen ohne offizielle Anklage oder Gerichtsverfahren – zum Teil seit Jahren – landesweit in Polizeistationen, Militärlagern oder Schiffscontainern eingesperrt sein. Mehrere Gefangene seien in der Haft u.a. an Verletzungen durch Misshandlungen oder in Folge der schlechten Versorgung gestorben. Häufig würde die medizinische Behandlung verweigert. Massiv würden die Gefangenen bedrängt, schriftlich ihren Glauben zu widerrufen.

Die Verfassung Eritreas von 1997 garantiert zwar Religionsfreiheit, wurde aber bislang noch nicht in Kraft gesetzt. Im Mai 2002 erklärte Präsident Issayas Afwerki alle Kirchen für illegal. Nur die Eritreisch-Orthodoxe und die Katholische Kirche sowie die Evangelisch-Lutherische Kirche und der Islam sind anerkannt. Seitdem veranlasst die Regierung Festnahmen und Kirchenschließungen und verbietet Privatversammlungen. Betroffen sind insbesondere Zeugen Jehovas, pfingstlich oder evangelikal ausgerichtete Minderheitskirchen und muslimische Wahhabiten.

Tansania

Übergriffe gegen Christen in Tansania

„Wir werden Kirchen und Häuser niederbrennen. Bereitet euch für Ostern auf das Schlimmste vor.“ Mit dieser Kampfansage droht die islamistische Gruppe Uamsho („Erwachen“) Christen in Tansania. Zudem bekannte sich die Gruppe zur Tötung eines katholischen Priesters auf Sansibar Mitte Februar und erklärte, dass noch „viele weitere sterben werden.“ Bereits im Oktober des vergangenen Jahres waren mehrere Kirchen auf der Insel in Brand gesetzt worden. Staatliche Stellen sehen keinen religiösen Hintergrund und werten die Vorfälle als „normale Kriminalfälle“.

Zentrum der Uamsho-Bewegung ist die Insel Sansibar, die zu 99 Prozent von Moslems bewohnt wird, während Moslems landesweit ca. 30 Prozent der Bevölkerung stellen. Die Umasho wurde 2011 gegründet, fordert die Unabhängigkeit Sansibars und setzt dabei auch auf Terroranschläge. Sie wirft Staatspräsident Jakaya Kikwete einen Vertrauensbruch vor, da er Zusagen im Präsidentschaftswahlkampf 2010, wie z.B. die Verfassung zu ändern und Teile der Sharia einzuführen, nicht eingehalten habe.

China

Gewaltausbruch in Xinjiang

Berichten zufolge starben bei einem Streit zwischen Uiguren und Han-Chinesen in einem Laden für Videospiele in der Stadt Korla (Uigurische Autonome Region Xinjiang) am 07.03.13 drei oder vier Personen; mindestens acht sollen verletzt worden sein.

Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksgruppen waren im Jahr 2009 fast 200 Menschen getötet worden.

Nordkorea

Nichtangriffspakt aufgekündigt

Als Reaktion auf Sanktionen, die der UN-Sicherheitsrat auf den jüngsten Atomtest des Landes hin am 07.03.13 verhängte, kündigte Nordkorea am 08.03.13 den Nichtangriffspakt mit Südkorea sowie alle anderen Abkommen für Entspannung auf. Die Sanktionen, die härtesten Strafmaßnahmen der jüngeren UN-Geschichte, verschärfen bereits bestehende Strafmaßnahmen und richten sich außerdem gezielt gegen die Elite des Regimes. U.a. dürfen zahlreiche Luxusgüter nicht mehr nach Nordkorea exportiert werden. Kurz bevor die Sanktionen verhängt wurden, drohte Nordkorea den USA mit einem atomaren Erstschlag. Ungeachtet der Drohungen starteten Südkorea und die USA ihre alljährliche gemeinsame Militärübung zur Kommandoschulung. Nordkorea legte daraufhin wie angedroht eine wichtige Kommunikationsleitung mit Südkorea still.

Der Nichtangriffspakt beendete den Korea-Krieg (1950-53); ein Friedensvertrag wurde nie geschlossen.